

**A. RECHENSCHAFTSBERICHT ZUR JAHRESRECHNUNG 2011**

- I. Allgemeines**
- II. Rechnungsergebnis**
- III. Allgemeine Rücklage / Sonderrücklage**
- IV. Schuldenstand**
- V. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben**
- VI. Haushaltsreste**
- VII. Haushaltsüberschreitungen**
- VIII. Berechnung der Effizienzrendite**

# I. ALLGEMEINES

## 1. Rechtsgrundlagen

Nach § 95 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) i. V. m. § 48 der Landkreisordnung (LKrO) ist in der Jahresrechnung das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen.

Die Jahresrechnung besteht gem. § 39 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aus

- 1. dem kassenmäßigen Abschluss**
- 2. der Haushaltsrechnung**
- 3. der Vermögensrechnung**

Als Anlagen sind beizufügen

- 1. eine Vermögensübersicht über die Kosten rechnenden Einrichtungen**
- 2. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht**
- 3. ein Rechenschaftsbericht**

Im Rechenschaftsbericht sind nach § 44 Abs. 3 der GemHVO die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Der Rechenschaftsbericht soll außerdem einen Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben. Nach § 97 GemO sind die Mündelvermögen in der Jahresrechnung gesondert nachzuweisen.

## 2. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2011 wurde am 13.12.2010 vom Kreistag beschlossen. Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 2.2.2011 die Gesetzmäßigkeit dieses Beschlusses bestätigt und den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 9.069.110 €, sowie den festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 450.000 €, der in den nächsten Jahren durch Kreditaufnahmen abgedeckt werden soll, genehmigt.

Der Haushaltsplan wurde festgesetzt mit

a) den Einnahmen und Ausgaben von je	169.202.950 €
davon im Verwaltungshaushalt	153.259.620 €
und im Vermögenshaushalt	15.943.330 €
b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	9.069.110 €
c) dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	450.000 €

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde für die Kreiskasse festgesetzt auf 30.000.000 €

Der Hebesatz der Kreisumlage wurde auf **26,50 v. H.**

der für das Haushaltsjahr 2011 festgesetzten Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden festgesetzt.

### 3. Rechnungsergebnis

Die Jahresrechnung 2011 schloss mit folgendem Ergebnis:

	<u>Rechnungsergebnis</u>	<u>Haushaltsansatz</u>
Verwaltungshaushalt		
Einnahmen und Ausgaben	158.528.992,82 €	153.259.620 €
Vermögenshaushalt		
Einnahmen und Ausgaben	<u>12.711.693,82 €</u>	<u>15.943.330 €</u>
insgesamt	171.240.686,64 €	169.202.950 €

Aufgrund des überraschend schnellen und starken Aufschwungs der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung wurden bereits in der Mai-Steuerschätzung die voraussichtlichen Steuereinnahmen deutlich nach oben korrigiert. Eine weitere deutliche Verbesserung zeigte dann auch die Steuerschätzung im November 2011. Für Bund, Länder und Kommunen stellt sich die Einnahmesituation deutlich besser dar. Eine weitere Entspannung ergibt sich durch die rückläufige Arbeitslosigkeit.

So sind es auch für den Zollernalbkreis im Wesentlichen diese Umstände, die zu einem recht zufrieden stellenden Rechnungsergebnis 2011 führten. Zum Einen mussten der Rücklage 700.000 € weniger entnommen werden und zum Anderen konnten die Kreditermächtigung um 4.441.673,84 € verringert werden.

## II. RECHNUNGSERGEBNIS

### Berechnung des Rechnungsergebnisses

Nach §§ 22 Abs. 2, 41 Abs. 3 und 46 Nr. 25 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) errechnet sich das Ergebnis wie folgt:

Soll-Einnahmen (einschl. Haushaltseinnahmereste) des Vermögenshaushalts		12.711.693,82 €
Abzusetzen sind folgende Sollausgaben (einschl. Haushaltsausgabereste) des Vermögenshaushalts für		
a) Kredittilgung, Kreditbeschaffungskosten 2.9100. (einschl. Umschuldung)	740.000,00 €	
b) Sonderrücklagen Abfallwirtschaft	1.495.693,71 €	
c) Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8	10.476.000,11 €	
Summe der Absetzungen		12.711.693,82 €
Überschuss/Fehlbetrag somit		0 €
		=====

## **Abweichung der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen**

Gegenüber den Planansätzen ergaben sich folgende Abweichungen:

### **a) Ausgabearten**

#### **Personalausgaben** (Gruppierung .4xx)

Planansatz 2011:	29.063.800 €
Rechnungsergebnis 2011	<u>28.760.184 €</u>
Einsparung:	303.616 €

Die Personalausgaben blieben um ca. 1 % unter den Planansätzen. Einsparungen konnten durch zeitweise Nichtbesetzung von Stellen, Besetzung von Beamtenstellen mit Beschäftigten, Altersteilzeit und längere Krankheitsfälle erzielt werden. Dadurch wurden auch die höheren Ausgaben von rund 100.000 €, die sich aus der nicht eingeplanten Erhöhung der Beamtenbesoldung ergaben, aufgefangen.

#### **Gebäudekosten (Miete, Bewirtschaftung, Unterhaltung)**

Obwohl die Energiekosten im Jahr 2011 stärker gestiegen sind als ursprünglich angenommen und trotz unerwarteter Mehrkosten von rund 21.000 € welche durch die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr entstanden sind, lagen die Bewirtschaftungskosten für die Schul- und Verwaltungsgebäude mit 1.718.815 € insgesamt nur geringfügig um rund 2.000 € über den veranschlagten Planansätzen. Zu verdanken ist dieses erfreuliche Ergebnis vor allem den enormen Einsparungen beim Energie- und Wasserverbrauch.

Entgegen der Planung sind Bewirtschaftungskosten für das Krankenhausgebäude Hechingen im Rahmen der Nachnutzung noch nicht angefallen. Der Krankenhausbetrieb lief noch ganzjährig, so dass die Kosten von der Zollernalb Klinikum gGmbH zu tragen waren.

Die Kosten der Fremdreinigung haben sich entsprechend der veranschlagten Tarifierhöhung entwickelt. Zahlreiche, langfristige krankheitsbedingte Ausfälle beim kreiseigenen Reinigungspersonal mussten teilweise durch die Inanspruchnahme externer Firmen kompensiert werden und führten somit zu unvorhergesehenen Mehrausgaben.

Bei der Gebäudeunterhaltung standen im Jahr 2011 schwerpunktmäßig Sanierungen im Bereich der Gebäudetechnik im Vordergrund. Zudem wurden zahlreiche Einzelprojekte wie z.B. die Umsetzung des Amokkonzepts an allen Schulen, die Sanierung von Klassenzimmern und Beleuchtung an der Kaufmännischen Schule Albstadt sowie der Austausch von Oberlichtern an der Weiherschule Hechingen, um hier nur einige zu nennen, realisiert. Aufgrund der enormen Anzahl an Maßnahmen konnten bis Jahresende nicht alle Projekte angegangen bzw. abgeschlossen werden. Insgesamt wurden daher Haushaltsmittel in Höhe von 135.000 € ins Jahr 2012 übertragen.

#### **Geschäftsausgaben (Grupp. 65)**

Planansatz 2011	2.468.400,00 €
Soll 2011	<u>2.317.171,60 €</u>
Einsparung	151.228,40 €

Davon:

a) Bürobedarf

Planansatz 2011	204.300,00 €
Soll 2011	184.095,17 €
Soll 2010	187.581,53 €

Hauptsächlich beim Führerscheinwesen konnten deutliche Ausgaberrückgänge festgestellt werden. Neben einem leichten Rückgang der gestellten Anträge ist dies auf spürbar gesunkene Kosten der Bundesdruckerei für die Übersendung der Fahrerlaubnisdokumente zurückzuführen.

b) Datenverarbeitung

Planansatz 2011	1.191.100,00 €
Soll 2011	1.123.779,33 €
Soll 2010	1.046.112,36 €

Die Kosten für die Datenverarbeitung beinhalten hauptsächlich Fall- und Wartungskosten oder Kosten für die Neueinführung oder Aktualisierung von Verfahren. Dabei ist es schwierig die genauen Fallzahlen und den Zeitplan für die Umsetzung von geplanten Maßnahmen abzuschätzen. Daher waren die Kosten für die Datenverarbeitung teilweise zu hoch angesetzt

c) Fachämterbudgets

Die Ausgabearten Telekommunikation, Porto, Dienstreisen, Bücher und Fachzeitschriften, Inanspruchnahme Dienstfahrzeuge sowie Aus- und Fortbildung werden im Rahmen der Budgetierung von den Fachämtern bewirtschaftet.

Obwohl der Haushaltsansatz für das Jahr 2011 auf 964.000 € erneut gesenkt wurde, bleibt das Rechnungsergebnis mit 858.733,05 € deutlich hinter diesem gesenkten Ansatz zurück. Auch gegenüber den Vorjahresergebnissen blieb man zurück. Es ist also festzustellen, dass von den Fachämtern die Ansätze sparsam bewirtschaftet werden und auf die Ausschöpfung der Mittel verzichtet wird. Die Einsparungen konnten in fast allen budgetierten Bereichen festgestellt werden.

## Verwaltungsinterne Leistungsverrechnung

Seit 2001 werden die verwaltungsinternen Leistungen nach den Vorgaben des Vergleichsringes „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg teilnehmen, im Verwaltungshaushalt verrechnet. Ziel des Vergleichsringes ist eine flächendeckende Kostenermittlung und eine daraus resultierende Kosten- und Leistungsrechnung, die für eine selbständige Gebührenkalkulation die Voraussetzung bildet.

Seit 2005 erfolgt die verwaltungsinterne Leistungsverrechnung mit dem SAP Modul CO, die in SAP bebuchten Kostenstellen werden nach festgelegten Schlüsseln in der Kostenrechnung aufgeteilt und ins Haushaltsmanagement zurückgespiegelt.

Unter interner Leistungsverrechnung versteht § 14 Abs. 4 Satz 1 GemHVO insbesondere die Erstattung (innere Verrechnung) von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten zentraler Dienststellen, die einzelnen Leistungen zuzurechnen sind. Die Verrechnung erfolgt zwischen den beteiligten Unterabschnitten des Verwaltungshaushalts.

	Summe <b>Service-</b> leistungen (1690/6790)	Summe <b>Steuerungs-</b> leistungen (1690/6790)	Summe <b>Mitwirkungs-</b> leistungen (1695/6795)
2001	4.430.187	1.200.716	
2002	4.350.531	1.325.636	-
2003	4.575.198	1.116.155	-
2004	4.761.996	1.177.472	-
2005	6.209.672	1.070.131	1.813.145
2006	5.821.975	1.154.615	1.523.454
2007	6.247.424	1.209.508	1.421.519
2008	7.030.358	1.253.130	1.516.159
2009	7.522.437	1.492.245	1.590.388
2010	7.471.273	1.527.442	1.881.898
<b>2011</b>	<b>7.259.225</b>	<b>1.324.239</b>	<b>1.751.489</b>
Differenz in EUR	- 212.048	- 203.203	- 130.409
Differenz in %	-2,84%	-13,30%	-6,93%

### **Schwankungen 2010 / 2011**

Die Höhe der Steuerungs- und Servicekosten schwankt in ähnlichem Maß wie die Ausgaben und Einnahmen der beteiligten Unterabschnitte.

Die Mitwirkungsleistungen werden hauptsächlich durch die Verrechnung des Kreisstraßenanteils aus dem Gemeinschaftsaufwand bestimmt. Nach dem starken Anstieg in 2010 durch die hohen Kosten für den Winterdienst auf Grund des harten Winters 2010, haben sich die Mitwirkungsleistungen wieder etwas normalisiert.

## **b) Einzelpläne**

### **Einzelplan 2 - Schulen**

#### Sachkostenbeiträge

Bei der Planung der Sachkostenbeiträge, die der Landkreis zur Deckung der sächlichen Schulkosten vom Land erhält, wurde nach der Empfehlung im Haushaltserlass mit gleichbleibenden Sachkostenbeiträgen wie im Vorjahr gerechnet. Mit 4.596.796 € konnten die Sachkostenbeiträge um fast 200.000 € höher vereinnahmt werden als geplant, da sich die Sachkostenbeiträge entgegen der Empfehlung doch erhöht haben.

#### Verwaltungshaushalt

Die den Schulen zur eigenverantwortlichen Planung und Bewirtschaftung zur Verfügung gestellten Budgetmittel in Höhe von 975.250 €, wurden mit einem Ergebnis von 924.115 € fast vollständig benötigt. Von den nicht benötigten Mitteln werden den Schulen 50 % für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt des Folgejahres als Haushaltsrest übertragen. Für Bauunterhaltungsmaßnahmen wurden im Jahr 2011 insgesamt fast 1.407.000 € ausgegeben. Der Schwerpunkt der Unterhaltungsmaßnahmen lag immer noch bei der Sanierung des A-Baus der Gewerblichen Schule Balingen, die größtenteils mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert wird. Die Sanierung der Klassenzimmer und der Beleuchtung in der Kaufmännischen Schule Albstadt wurde planmäßig abgewickelt. Die Sanierung der Brettschichtträger im Dach der Kreissporthalle in Albstadt wurde wegen festgestellten Rissen aus Sicherheitsgründen ungeplant notwendig.

#### Vermögenshaushalt

Nachdem zum Ende des Jahres 2010 die Förderbescheide des Landes für die energetische und technische Sanierung sowie Erweiterung der Rossentalschule in Truchteltingen mit insgesamt 665.000 € eingegangen sind, wurde mit der Maßnahme in 2011, ein Jahr später als ursprünglich geplant, begonnen. Von den erwarteten Gesamtkosten wurden bis 2011 1,835 Mio. € bereitgestellt. Davon wurde ein Haushaltsrest von 636.676,79 € nach 2012 übertragen. Auf den Landeszuschuss wurde eine erste Rate von 85.100 € ausbezahlt.

Für die Beschaffung von Geräten und Einrichtungsgegenständen wurden von den Schulen aus den Budgetmitteln rund 436.200 € ausgegeben. Als Haushaltsrest wurden 241.800 € nach 2012 übertragen.

## **Einzelplan 4 – Soziale Sicherung**

### **Sozialhilfe**

#### **Leistungen nach dem SGB XII**

Wie bereits im vergangenen Jahr mussten im Jahr 2011 zusätzliche Aufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gemacht werden.

Diese zusätzlichen Ausgaben sind wie bereits im Jahr 2010 darauf zurückzuführen, dass die Pflege- und Betreuungssätze mit ca. 2-3 % angehoben worden sind. Daneben sind jährliche Fallzahlensteigerungen für die Mehrausgaben verantwortlichen.

Die hier notwendigen Mehrausgaben von ca. 1,3 Mio. € Einnahmen konnten jedoch durch weniger Ausgaben bei der Grundsicherung für Arbeit ausgeglichen werden.

#### **Grundsicherung für Arbeit**

Die günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich auch im Bereich der Leistungen nach dem SGB II aus. So hat ein nicht unerheblicher Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu einem Rückgang der Ausgaben im Bereich der Kosten der Unterkunft geführt. Dies führte dazu, dass erheblich weniger Mittel als im Haushalt vorgesehen benötigt wurden.

Außerdem hat sich die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in diesem Bereich insofern zusätzlich positiv ausgewirkt, als zumindest im Jahr 2011 die Erstattungen des Bundes noch über den tatsächlichen Ausgaben für das Bildungspaket liegen.

### **Jugendhilfe**

Für das Jahr 2011 haben sich in der Jugendhilfe (Deckungsring 45) Mehrausgaben in Höhe von rd. 520.000 € ergeben. Diesen stehen allerdings Mehreinnahmen in Höhe von rd. 250.000,00 € entgegen, so dass von einer Haushaltsüberschreitung in Höhe von rd. 270.000,00 € netto auszugehen ist. Dies entspricht einer Überschreitung des Haushaltsnettoansatzes von rd. 2,29 %.

Die Gründe liegen in einem nachhaltig hohen Hilfebedarf bei den einzelnen Erziehungshilfemaßnahmen und dem politisch gewollten Ausbau der Kindertagesbetreuung.

### **Ausgaben**

#### **1. Heimerziehung und Inobhutnahmen**

Die Fallzahlen in diesem sehr kostenintensiven Bereich der Heimunterbringung konnten im Jahr 2011 einigermaßen konstant gehalten werden. Dies hat sich erneut positiv auf die Heimkosten ausgewirkt, die Ansätze konnten weitestgehend eingehalten werden.

Bei genauerem Hinsehen ist jedoch festzustellen, dass im Jahr 2011 ein Höchststand an Inobhutnahmen (63 Fälle) notwendig war. Dies sind ca. 20 % mehr als in den beiden Vorjahren.

Um die betroffenen Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig wieder in die Familien zurück führen zu können, waren häufig begleitende ambulante Hilfen notwendig. So konnten zwar die Kosten für die Inobhutnahmen und Heimunterbringungen in Grenzen gehalten werden, die zusätzlich ambulanten Betreuungen (größtenteils intensive sozialpädagogische Einzelbetreuungen) haben sich aber kostenmäßig in einer Überschreitung des Ansatzes (rd. 260.000 €) ausgewirkt.

## 2. Gemeinsame Wohnformen für Mutter und Kind

Ein höherer Bedarf war auch bei den gemeinsamen Wohnformen für Mutter und Kind notwendig. Es geht dabei um die stationäre Versorgung und Betreuung von jungen oft sogar minderjährigen Müttern mit ihren Kindern. Hierbei handelt es sich um kostenintensive Einzelfälle.

## 3. Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen

Um das Lebensfeld von Kindern aufrecht erhalten zu können, wenn ein Elternteil zeitweise (z. B. im Krankheitsfall) ausfällt, werden Kinder in diesen akuten Notsituationen im elterlichen Haushalt weiter betreut. Aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs wurde der Ansatz überschritten.

## 4. Kindertagespflege

Entsprechend der politischen und gesetzlichen Vorgaben soll der zahlenmäßige Ausbau fortgeführt werden. Deshalb wurde der Ansatz im Jahr 2011 erhöht, konnte aber dennoch nicht eingehalten werden. Die erwartete Kostensteigerung bzw. Fallzahlensteigerung wurde sogar überschritten.

## Einnahmen

Im Jahr 2011 konnten bei den Kostenbeiträgen und Kostenerstattungen von anderen Trägern höhere Einnahmen als ursprünglich veranschlagt vereinnahmt werden. Dies verteilt sich über alle Hilfearten und Bereiche.

## **Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung**

### **Kreiskliniken**

#### **Verlustausgleich**

Seit dem Jahr 2008 ist der Krankenhausbetrieb defizitär. Der Kreistag hat daher im April 2011 beschlossen zum Ausgleich, der durch die Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten 1.792.000 € an das Klinikum zu zahlen. Damit waren die Betriebsverluste bis zum Jahr 2009 abgedeckt. Aufgrund eines zu erwartenden Liquiditätseinganges zum Jahresende 2011 hat der Kreistag im Oktober 2011 beschlossen eine weitere Verlustabdeckung in Höhe von 2,5 Mio. € vorzunehmen. Diese überplanmäßige Ausgabe wurde durch eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage abgedeckt, da Mittel aus den positiven Jahresabschluss 2010 zur Verfügung standen.

#### **Baumaßnahmen**

Die Krankenhausbaumaßnahme wird beim Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“ abgewickelt. Der Landkreis leistete im Jahr 2011 Investitionszuweisungen an den Eigenbetrieb.

Für den Bau eines Regenwasserkanals vom Krankenhaus Balingen zur Eyach wurden restliche Mittel von knapp 20.000 € als Haushaltsrest von 2010 nach 2011 übertragen, da diese noch im 2. Bauabschnitt benötigt werden.

Für die Sanierung und Erweiterung des Krankenhauses Balingen wurden im Jahr 2011 8 Mio. € Kreismittel zur Verfügung gestellt. Die bisher angefallenen Baukosten konnten zum Teil noch über die Landesförderung abgedeckt werden. Der Ausgabenstand zum 31.12.2011 betrug 40.934.854,71 €. An Landesmitteln konnten bisher 31.350.000 € vereinnahmt werden. Abzüglich der bereits in 2006 und 2007 verrechneten Kreismittel von 1.295.313,85 € wurden in 2011 weitere 8.289.540,86 € verrechnet. Der Haushaltsrest beträgt somit noch 19.595.693,83 €.

Nachdem ein Rechtsstreit mit der Firma, die bei der Sanierung des Krankenhauses Albstadt Putz- und Stuckateurarbeiten durchgeführt hat, vergleichsweise beigelegt wurde, konnte die Maßnahme nun endgültig abgerechnet werden. Es mussten noch 41.539,71 € an Investitionszuweisungen verrechnet werden. Die restlichen Mittel von ca. 123.000 € werden nicht mehr benötigt. Der Haushaltsrest wurde daher nicht mehr gebildet und trägt somit zur Verbesserung des Rechnungsergebnisses bei.

## **Einzelplan 6 – Kreisstraßen**

### **Gemeinschaftsaufwand, Unterabschnitt 1.6520**

Nach Inkrafttreten der Verwaltungsreform zum 01.01.2005 ist der Landkreis seither für die gemeinschaftliche Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Zollernalbkreis zuständig.

Der Gemeinschaftsaufwand umfasst die betriebliche Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes im Landkreis mit Ausgaben von Personal- und Sachkosten von insgesamt 4.188.637,55 €. Dabei haben die Ausgaben für den Winterdienst einen besonderen Stellenwert. Der vergangene Winter und die damit verbundene Winterdienstsaison 2010/2011 für die Straßenmeistereien waren nicht so intensiv im Vergleich zum Winter 2009/2010. Die positiven Folgen waren der Wenigerverbrauch von Streusalz und Sole und die geringeren Betriebsstunden bzw. Einsatzzeiten der eigenen Räum- und Streufahrzeuge sowie der Fremdunternehmer. Dies hat jedoch nicht gleichzeitig zu den erwarteten Kosteneinsparungen in gleichem Umfang geführt, da diese durch Preissteigerungen beim Streusalzbezug und den Dieselskosten für die Einsatzfahrzeuge teilweise wieder egalisiert wurden.

Bei den Kostenersätzen konnten auch in 2011 wieder Mehreinnahmen von 25.000,00 € bei Abrechnungen mit Bund, Land und Landkreis erzielt werden. Anteil dabei hatte die Vermietung unserer Sondergeräte wie Markierungsmaschine und Steigerfahrzeug mit Arbeitsbühne. Damit

konnte das Ziel eines wirtschaftlichen Betriebes erreicht werden und zudem ein Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit geleistet werden. Zum Anderen haben beide Straßenmeistereien zusätzlich zu ihren täglichen Aufgaben des Straßenbetriebsdienstes für Baumaßnahmen an Bundes- Landes- und Kreisstraßen Dienstleistungen wie Aufstellen und Unterhaltung von überörtlichen Umleitungsbeschilderungen, Absperrungen, Sicherheitsleistungen bei Sportgroßveranstaltungen etc. erbracht.

Der Landkreis hat den Nettoaufwand im Gemeinschaftsaufwand mit den Baulastträgern Bund und Land, sowie seinen eigenen Anteil im Verhältnis der Arbeitsstunden des Straßenunterhaltungspersonales abgerechnet, so dass diese Mehrausgaben beim Straßenbetriebsdienst durch die anteiligen Erstattungen gedeckt sind. Die Abrechnung des Kreisanteiles erfolgt über Innere Verrechnung mit dem Unterabschnitt 1.6500. Dies hat auch im Jahr 2011 zu einem höheren Kostenanteil des Landkreises gegenüber dem Haushaltsansatz von 179.720,96 € geführt. Die Kostenanteile von Bund und Land konnten mit den laufenden Zuweisungen für den Gemeinschaftsaufwand ausgeglichen werden.

#### Unterhaltung Kreisstraßen, Unterabschnitt 1.6500

Für die laufende Unterhaltung der Kreisstraßen wurden einschließlich des Anteils am Gemeinschaftsaufwand 1.603.693,57 € ausgegeben. Die Erhöhung der Ausgaben von rund 179.000,00 € sind zurückzuführen auf den höheren Kreisanteil beim Gemeinschaftsaufwand (Winterdienst).

#### Unterhaltung Landesstraßen, Unterabschnitt 1.6650

Der Landkreis erhält vom Land pauschale Zuweisungen um kleinere Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen im Fahrbahnbereich und Nebenanlagen wie Regenrückhaltebecken etc. durchführen zu können. Der Aufgabenschwerpunkt bestand wie in den Jahren zuvor bei den Fahrbahnsanierungen. Dabei muss angesprochen werden, dass wie in der Vergangenheit auch die bisher zugewiesenen pauschalen Unterhaltungsmittel nicht ausreichen werden um auf Dauer langfristig das Niveau des Straßenzustandes beibehalten zu können.

#### Belagsmaßnahmen, Brückensanierungen, Rutschungssanierungen

Die im Vermögenshaushalt bei Finanzposition 2.6500.9510.000 vorgesehenen Maßnahmen konnten bis auf die Brückensanierung K 7108 DB-Brücke bei Hechingen mit Gesamtinvestitionen von 900.000,00 € realisiert werden.

#### Straßenbaumaßnahmen

Die Deckenverstärkungsarbeiten an der Kreisstraße K 7130 Waldhof-Leidringen mit Ausgaben von 300.000 € konnten noch bis auf kleinere Restarbeiten vor Einbruch des Winters fertig gestellt werden.

Die Umrüstung des Bahnüberganges im Zuge der K 7132 OD Dotternhausen bei der Firma Holcim musste wegen noch nicht beendeten weiteren Maßnahmen der HZL nach 2012 geschoben werden.

Einsparungen konnten mit der Übertragung von Haushaltsresten nach 2012 im Vermögenshaushalt bei den Kreisstraßen in Höhe von 74.798,18 € erzielt werden.

#### Fahrzeug- und Gerätebeschaffung Straßenunterhaltungsdienst, Unterabschnitt 2.6520

Für den Straßenunterhaltungsdienst wurde auf Grundlage der beschlossenen Gerätekonzeption die im Vermögenshaushalt 2011 vorgesehenen Ersatzbeschaffungen in Höhe von 332.500 € getätigt. Der Investitionsanteil des Bundes an der Beschaffung der Fahrzeuge und Geräte betrug 2011 66.700 €.

## **Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung**

### **Abfallwirtschaft**

Für den Zeitraum 2011/2012 wurden die Müllgebühren neu kalkuliert. Während die Leistungsgebühren sowohl für den Hausmüll als auch bei der Gewerbemüllabfuhr für Bio- und Restmüll bei 21 Cent je kg belassen werden konnten, wurden bei den Grundgebühren Änderungen notwendig. Die durchschnittliche Grundgebühr beim Hausmüll hat sich leicht um rund 5 % erhöht. Demgegenüber wurde die Grundgebühr für Biomüll gesenkt, um einen Anreiz zur Vorhaltung einer Biomülltonne zu schaffen. Bei der Gewerbemüllabfuhr wurden die Grundgebühren um 13 % - 15 % in Abhängigkeit der Gefäßgröße erhöht, während die Grundgebühr für den gewerblichen Biomüll deutlich reduziert wurde. Mit der Neukalkulation wurde eine angestrebte 100 %ige Kostendeckung erreicht.

Im Jahr 2011 konnten die kalkulierten Einnahmen von knapp über 11 Mio. € annähernd eingenommen werden. Erfreulicherweise ist es auf der Ausgabeseite gelungen die Kosten deutlich zu reduzieren. Anstatt des kalkulierten Überschusses von 110.350 € konnten der Sonderrücklage Gebührenüberdeckung 951.382,23 € zugeführt werden. Zusammen mit dem Restbestand von 2.200 € stehen somit 953.582,23 € zum Ausgleich für spätere Jahre zu Verfügung.

### **Schülerbeförderung**

Während es im Jahr 2010 bei der Schülerbeförderung noch zu Mehrausgaben in Höhe von rd. 54.000 € kam, fiel das Gesamtdefizit in 2011 aufgrund von Mehreinnahmen und Wenigerausgaben um rd. 65.000 € niedriger aus. Bei den Einnahmen konnte 2011 insbesondere deshalb mehr vereinnahmt werden, da für die Bereiche Haigerloch und Burladingen Eigenanteilsrückabwicklungen früherer Jahre erforderlich wurden, die im Vorfeld so nicht abschätzbar bzw. bekannt waren.

Zudem ging die Zahl der Fahrschüler zurück, was sich dann auch bei den Ausgaben bemerkbar gemacht hat. Die Ausgaben blieben rd. 38.000 € hinter den Ansätzen zurück.

### **ÖPNV**

Im öffentlichen Personennahverkehr wurden die für 2011 veranschlagten Mittel benötigt. Auch die aus dem Vorjahr noch zur Verfügung stehenden Haushaltsausgabereste für die Finanzierung der Standardisierten Bewertung zur RegionalStadtBahn wurden in 2011 weitgehend benötigt. Zum Projekt „RegionalStadtBahn“ wird der nächste kostenintensive Schritt die Beauftragung der Vorplanung sein. Hierzu sind erste Mittel in 2012 ausgewiesen.

## **Einzelplan 8 – OEW-Ausschüttung**

Die OEW hat die Ausschüttung aus ihren Vermögenserträgen an die Verbandsmitglieder für die Jahre 2010 und 2011 um 10 Mio. € auf 60 Mio. € erhöht. Entsprechend dem Anteil des Zollernalbkreises von 8,712 % konnte eine Einnahme von 5.227.200 € verbucht werden.

## **Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft**

### Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde

Die Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörden werden den Landkreisen nach § 11 Abs. 3 FAG als eigene Einnahmen überlassen.

Die Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde lagen mit 5.273.357,83 € deutlich um über 475.000 € über dem Haushaltsansatz von 4.937.200 €.

Vor allem im Bereich des Vermessungsamtes lagen die Einnahmen mit über 208.000 € deutlich höher als bei der Planung befürchtet wurde. Die Gründe dafür lagen bei der späteren Einführung des neuen Vermessungsgesetzes und zum Teil auch an Einmaleffekten. Ob und inwiefern auch die gute Konjunktorentwicklung ihren Anteil dazu beitrug wird sich in 2012 zeigen. Deutlich höhere Einnahmen konnten auch bei den Zulassungsgebühren mit fast 78.000 € und im Bereich des Rechts- und Ordnungsamtes mit fast 39.000 € eingenommen werden. Bei den übrigen Fachämtern verliefen die Einnahmen weitgehend planmäßig.

### Grunderwerbsteuer

In 2009 war mit 4.144.349,86 € ein langjähriger Tiefstand bei den Grunderwerbsteuereinnahmen zu verzeichnen. Die schnelle Erholung der deutschen Gesamtwirtschaft in 2010 schlug sich auch auf den Grundstücksmarkt nieder, so dass in 2010 wieder 4.634.119,28 € eingenommen werden konnten. Da dieser positive Trend bei der Planung für 2011 erkennbar war, wurde der Haushaltsansatz um 500.000 € auf 4.300.000 € angehoben. Im zweiten Halbjahr 2011 hat die, durch die neue Landesregierung angekündigte, Erhöhung des Steuersatzes dazu geführt, dass viele Grundstücksgeschäfte vorgezogen wurden, und so fast 1,2 Mio. € höhere Grunderwerbsteuereinnahmen beim Zollernalbkreis eingegangen sind. Mit insgesamt 5.414.515 € wurde das seit vielen Jahren mit Abstand beste Ergebnis erzielt. Allerdings zeigt sich, dass die vorgezogenen Grundstücksgeschäfte in 2012 zu einem deutlichen Einbruch der Grunderwerbsteuereinnahmen führen.

### Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS)

Der KVJS kann von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, soweit die sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für den, allen Mitgliedern nach gleichem Maßstab zurechenbaren Aufwand, wird eine allgemeine Umlage erhoben. Sie bemisst sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach den Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise.

Die Umlage an den KVJS wurde in den Jahren 2006 – 2009 laufend gesenkt. Für das Jahr 2010 wurde allerdings eine Erhöhung auf 625.000 € notwendig. Angesichts der sich drastisch verschlechternden Haushaltssituation bei den Stadt- und Landkreisen hat der Verbandsausschuss des KVJS für 2011 eine Rücklagenentnahme beschlossen. Dadurch konnte der KVJS die Umlage senken. Mit 529.691 € wurde die Umlage planmäßig abgerechnet.

## Allgemeiner Finanzausgleich 2011

Das Land stellt die Schlüsselzuweisungen den Landkreisen als allgemeine Finanzmittel zur Verfügung und gleicht damit auch die unterschiedliche Finanzkraft der Landkreise untereinander aus.

Bei den Schlüsselzuweisungen machte sich der unerwartet starke Wirtschaftsaufschwung deutlich bemerkbar. Die Schlüsselzuweisungen des Zollernalbkreises, die entsprechend den Empfehlungen im Haushaltserlass veranschlagt wurden, konnte schon nach der Mai-Steuerschätzung wegen der Anhebung der Kopfbeträge um rund 1,1 Mio. € für 2011 und einer Nachzahlung von 380.000 € für 2010 erhöht werden. Im Vergleich zur vorausgegangenen Schätzung im Mai wurden die Erwartungen zu den Steuereinnahmen im November noch einmal deutlich nach oben geändert. Durch eine nochmalige Anhebung der Kopfbeträge und eine Erhöhung der Ausschüttungsquote sind weitere rund 1,2 Mio. € Schlüsselzuweisungen beim Zollernalbkreis eingegangen. Mit insgesamt 23.195.205,30 € wurde der Planansatz um 2.675.205 € überschritten.

Für die Aufgaben als staatliche untere Verwaltungsbehörde erhält der Landkreis Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG. Zum Ausgleich der Belastungen aus dem Sonderbehördeneingliederungsgesetz werden den Landkreisen Mittel nach § 11 Abs. 4 FAG zugewiesen. Die Gesamteinnahmen dieser Zuweisungen betragen 3.682.444,00 €. Somit lagen sie 22.444 € über dem Planansatz.

Die pauschale Zuweisung zum Ausgleich der dem Landkreis durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz übertragenen Aufgaben nach § 11 Abs. 5 FAG betragen 6.556.345,04 €. Der Planansatz ging von 6.597.000 € aus.

## Kreisumlage

Die Steuereinnahmen der Gemeinden im Zollernalbkreis sind im Jahr 2009 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch um etwa 18 % gesunken mit entsprechender Wirkung auf das Kreisumlageaufkommen im Jahr 2011. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2011 musste noch davon ausgegangen werden, dass sich diese Situation erst allmählich wieder erholt. Trotz weiter steigender Kosten insbesondere im Sozialhaushalt wurde mit Blick auf die schwierige Haushaltslage der Gemeinden auf eine Anhebung des Kreisumlagehebesatzes verzichtet. Mit 26,5 % hatte der Zollernalbkreis zusammen mit dem Alb-Donau-Kreis den niedrigsten Kreisumlagehebesatz. Im Landesdurchschnitt haben sich die Kreisumlagehebesätze 2011 um 2,84 %-Punkte auf 34,27 % erhöht. Insgesamt betragen die Einnahmen 42.759.535,11 €

## Zins- und Tilgungsausgaben

Die Zinslast einschließlich der Zinsen für das Innere Darlehen und die Sonderrücklage verringerte sich weiter, da nach wie vor keine neuen Kredite aufgenommen werden mussten. Die Aufwendungen betragen 568.916,83 € gegenüber 598.697,98 € im Vorjahr.

Für Tilgungen wurden in 2011 insgesamt 435.000 € aufgewendet. Das Inneren Darlehen wurde mit 305.000 € wie geplant getilgt.

### III. ALLGEMEINE RÜCKLAGE / SONDERRÜCKLAGE

#### 1. Allgemeine Rücklage

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 war eine Allgemeine Rücklage in Höhe von vorhanden.	12.472.285,02 €
Rücklagenentnahme 2011	3.027.280,00 €
Somit beläuft sich der Rücklagenbestand zum Schluss des Haushaltsjahres 2011 auf	9.445.005,02 € =====

Die Allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Sie soll ferner die Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre erleichtern. Gem. § 20 Abs. 2 GemHVO muss ein Mindestbetrag von 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre vorhanden sein.

Nachrichtlich:

Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne Innere Verrechnungen) der letzten drei Jahre

2008	140.831.752,59 €
2009	144.778.117,71 €
2010	152.410.977,24 €

Durchschnitt der letzten drei Jahre:	146.006.949,18 €
davon 2 % Mindestbetrag Rücklagenbestand =	2.920.138,98 €

## Entwicklung der allgemeinen Rücklage

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
1998	3.961.016,96	3.758.769,81	-	7.719.786,77
1999	7.719.786,77	-	500.512,50	7.219.274,27
2000	7.219.274,27	161.438,27	-	7.380.712,54
2001	7.380.712,54	2.478.749,46	-	9.859.462,00
2002	9.859.462,00	-	-	9.859.462,00
2003	9.859.462,00	-	7.325.480,00	2.533.982,00
2004	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2005	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2006	2.533.982,00	6.027.241,20	-	8.561.223,20
2007	8.561.223,20	5.205.351,36	-	13.766.574,56
2008	13.766.574,56	4.609.700,06	-	18.376.274,62
2009	18.376.274,62	3.220.547,75	-	21.596.822,37
2010	21.596.822,37	-	9.124.537,35	12.472.285,02
2011	12.472.285,02	-	3.027.280,00	9.445.005,02

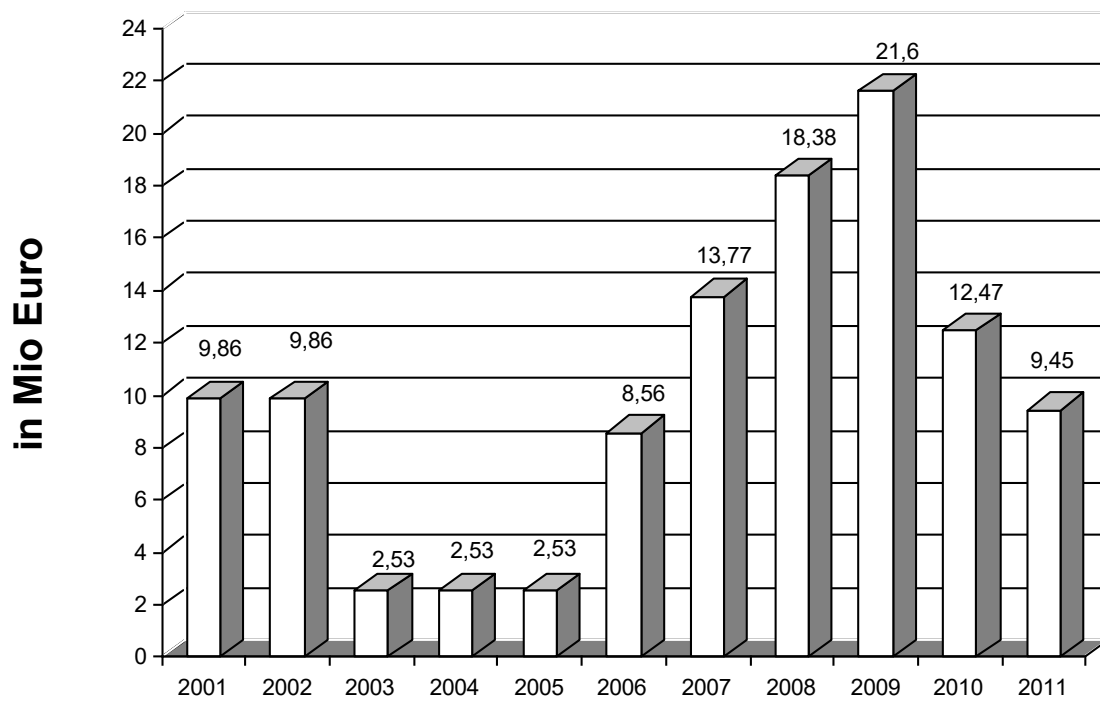
## 2. Sonderrücklage

In der Abfallgebührenkalkulation werden aufgrund § 18 Abs. 1, Ziff. 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) auch Kosten für Nachsorgemaßnahmen an der Mülldeponie (z.B. Rekultivierung, Sickerwasserbeseitigung, Entgasung) einbezogen und einer Sonderrücklage zugeführt. Die der Sonderrücklage zuzuführenden Beträge werden vom Kreistag jeweils im Rahmen der Gebührenkalkulation beschlossen. Ab 2001 wird die Kostenüberdeckung der Abfallentsorgung in einer separaten Sonderrücklage ausgewiesen.

## Entwicklung der Sonderrücklage für Nachsorgemaßnahmen für die Abfallentsorgung

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
1998	7.142.677,29	582.442,02	-	7.725.119,32
1999	7.725.119,32	606.525,79	-	8.331.645,11
2000	8.331.645,11	680.818,83	-	9.012.463,94
2001	9.012.463,94	1.041.806,22	-	10.054.270,16
2002	10.054.270,16	1.110.789,90	200.456,32	10.964.603,74
2003	10.964.603,74	1.217.750,00	532.243,71	11.650.110,03
2004	11.650.110,03	440.000,00	575.939,62	11.514.170,41
2005	11.514.170,41	402.995,96	544.651,48	11.372.514,89
2006	11.372.514,89	398.038,02	1.273.440,90	10.497.112,01
2007	10.497.112,01	367.398,92	887.523,70	9.976.987,23
2008	9.976.987,23	349.194,55	701.202,58	9.624.979,20
2009	9.624.979,20	336.874,27	804.546,14	9.157.307,33
2010	9.157.307,33	320.505,76	666.702,50	8.811.110,59
2011	8.811.110,59	308.388,87	235.922,61	8.883.576,85

## Entwicklung der Allgemeinen Rücklage



## IV. SCHULDEN; KASSENLIQUIDITÄT

### Schuldenstandentwicklung

HH-Jahr	Stand 01.01.	Neuaufnahmen	Tilgungen	Stand 31.12.	EURO /Einw.
1987	32.324.972,95	818.067,01	2.103.247,21	31.039.792,74	181,77
1988	31.039.792,74	-	2.164.966,02	28.874.826,72	166,61
1989	28.874.826,72	-	2.168.718,65	26.706.108,08	152,55
1990	26.706.108,08	-	3.222.670,94	23.483.437,14	129,87
1991	23.483.437,14	-	2.092.348,38	21.391.088,76	116,92
1992	21.391.088,76	356.719,90	2.056.511,34	19.691.297,31	106,35
1993	19.691.297,31	1.977.548,87	1.925.693,15	19.743.153,03	103,23
1994	19.743.153,03	3.149.103,33	1.952.817,12	20.939.439,24	109,23
1995	20.939.439,24	1.306.350,76	1.939.766,76	20.306.023,24	105,29
1996	20.306.023,24	766.937,82	2.732.213,69	18.340.747,37	95,10
1997	18.340.747,37	-	1.626.503,32	16.714.244,05	86,81
1998	16.714.244,05	-	1.627.571,03	15.086.673,02	78,36
1999	15.086.673,02	-	1.515.859,05	13.570.813,97	70,33
2000	13.570.813,97	-	1.504.611,88	12.066.202,08	62,55
2001	12.066.202,08	-	1.438.155,48	10.628.046,60	55,06
2002	10.628.046,60	820.397,64	1.252.365,30	10.196.078,94	52,68
2003	10.196.078,94	3.983.780,38	1.026.248,20	13.153.611,12	67,94
2004	13.153.611,12	5.700.000,00	692.709,62	18.160.901,50	94,02
2005	18.160.901,50	3.000.000,00	701.241,55	20.459.659,95	106,05
2006	20.459.659,95	-	766.099,34	19.693.560,61	102,30
2007	19.693.560,61	-	878.575,27	18.814.985,34	98,01
2008	18.814.985,34	-	2.151.231,01	16.663.754,33	87,19
2009	16.663.754,33	-	863.947,00	15.799.807,33	83,22
2010	15.799.807,33	-	435.000,00	15.364.807,33	81,27
2011	15.364.807,33	-	740.000,00	14.624.807,33	77,73

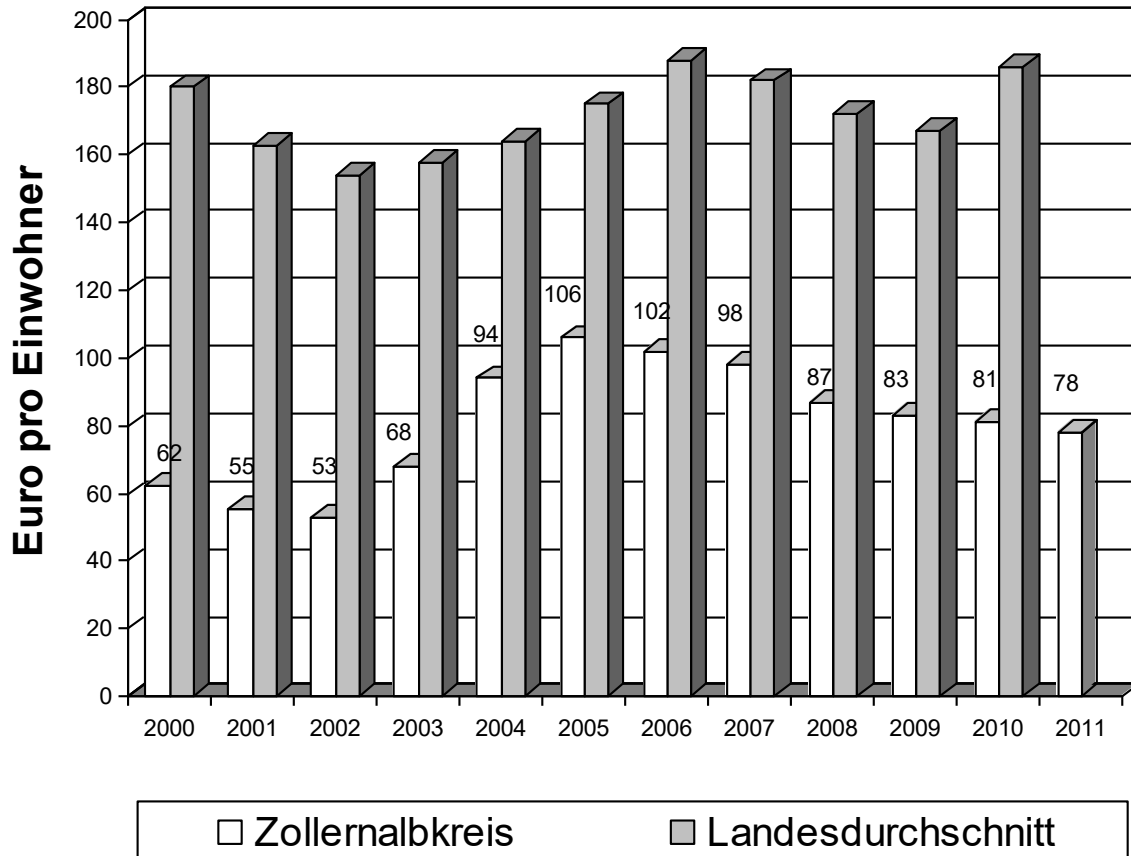
Der Schuldenstand am 31.12.2011 von 14.624.807,33 € setzt sich zusammen aus:

6.157.500,00 € äußeren Krediten  
8.467.307,33 € inneren Darlehen bei der Sonderrücklage

### Kassenliquidität

Infolge des ganzjährig hohen Bestandes der Allgemeinen Rücklage, war die Kassenliquidität stets gesichert. Kassenkredite mussten nicht in Anspruch genommen werden. Vielmehr konnten das ganze Jahr über die Kassenmittel angelegt werden. Die Zinseinnahmen lagen mit 420.491 € um 220.491 € höher als geplant und gegenüber dem Vorjahr um über 185.000 € höher. Dazu beigetragen haben auch die leicht angestiegenen Zinssätze.

## Entwicklung des Schuldenstandes

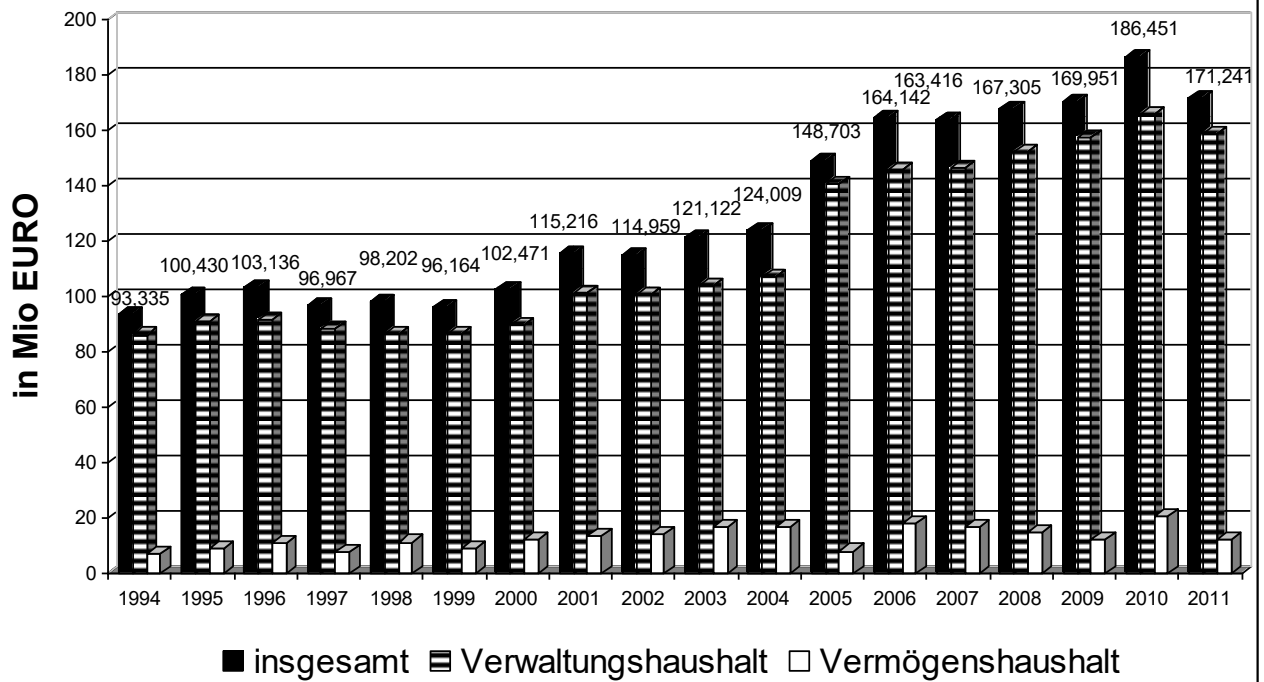


## V. ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN ÜBER MEHRERE JAHRE

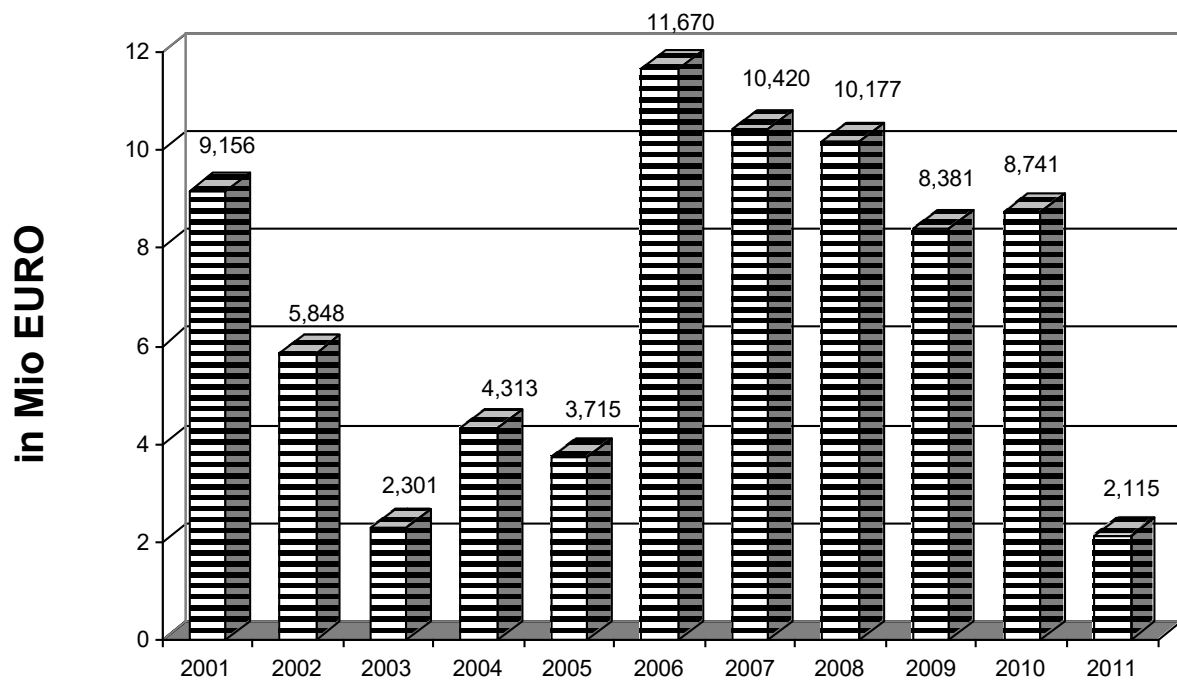
	2005 Euro	2006 Euro	2007 Euro	2008 Euro	2009 Euro	2010 Euro	2011 Euro
<b>1. Haushalt</b>							
Gesamthaushalt	148.703.574	164.142.428	163.416.024	167.304.218	169.951.325	186.450.841	171.240.687
davon Verwaltungshaushalt	140.372.485	145.680.820	146.256.613	152.391.688	157.441.088	165.416.560	158.528.993
Vermögenshaushalt	8.331.089	18.461.609	17.159.411	14.912.530	12.510.238	21.034.281	12.711.694
<b>2. Einzelne Einnahmen</b>							
Kreisumlage	43.285.611	45.422.204	42.709.197	44.024.672	49.318.273	52.168.994	42.759.535
Grunderwerbsteuer	4.444.848	4.519.578	4.256.175	4.558.832	4.144.350	4.634.119	5.414.515
Gebühren der unt. Verwaltungsbehörde	5.676.241	5.671.717	5.684.962	5.625.738	5.376.125	5.225.959	5.273.358
FAG-Zuweisungen							
- Schlüsselzuweisungen	12.056.995	13.864.194	18.218.521	21.100.837	19.994.471	21.636.740	23.195.205
- für staatliche untere Verwaltung	2.069.576	2.058.902	2.058.812	2.058.494	2.044.820	2.030.262	2.022.444
- Sonderbehördeneingliederung	1.259.940	1.348.159	1.377.963	1.560.400	1.777.509	1.890.279	1.660.000
- Verwaltungsreformgesetz	7.398.040	7.219.860	6.935.670	6.782.367	6.492.560	6.692.070	6.556.345
<b>3. Einzelne Ausgaben</b>							
Personalausgaben	27.023.871	26.079.652	25.815.248	26.691.314	28.026.934	28.223.383	28.760.184
sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufw.	46.601.730	53.797.600	52.321.210	55.166.749	59.485.618	61.152.134	56.507.524
Zuschuss Sozialhaushalt	54.451.068	54.419.589	55.595.243	58.242.579	61.147.512	64.627.488	63.831.682
LWV-Umlage	465.992	-	-	-	-	-	-
Zinsen für äußere Kredite	285.792	332.240	342.538	325.302	296.401	278.192	260.528
FAG-Umlage	3.237.644	3.360.364	3.652.596	4.053.686	5.014.982	5.580.640	5.337.787
KVJS-Umlage	1.369.806	748.086	759.176	634.549	585.728	624.876	529.691
<b>4. Zuführung zum Vermögenshaushalt</b>	3.714.677	11.670.051	10.419.888	10.177.117	8.381.001	8.740.605	2.114.679
<b>5. Überschuss</b>	-	6.027.241	5.205.351	4.609.700	3.220.548	-	-



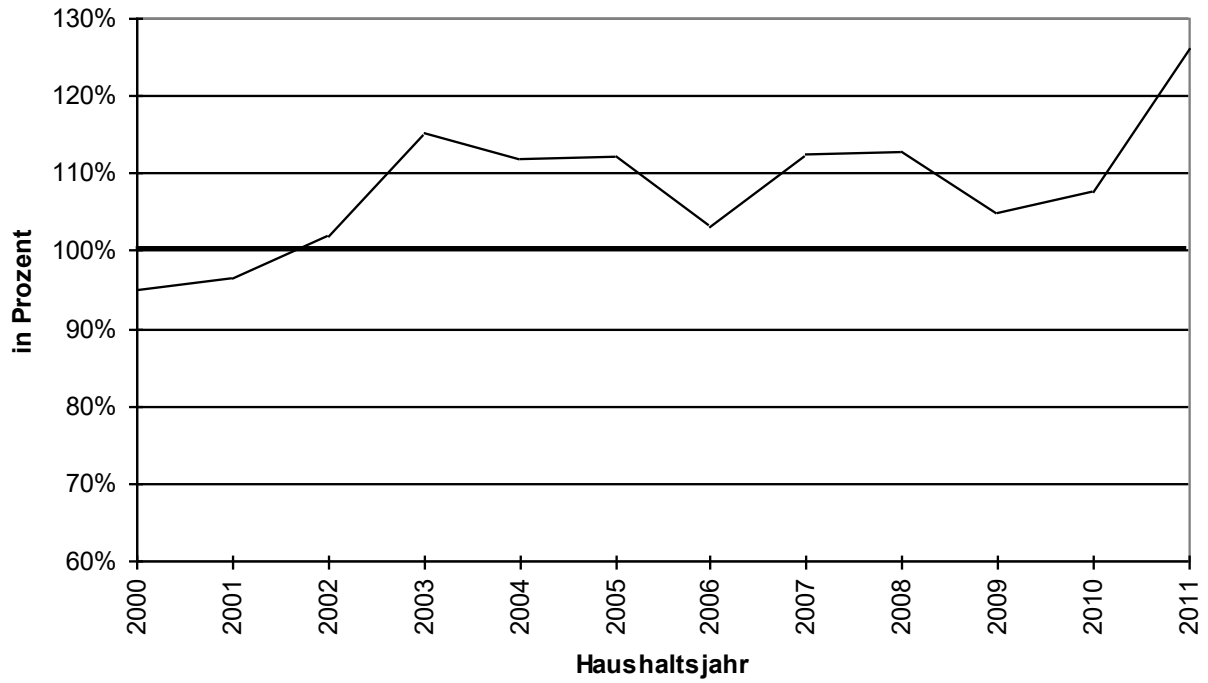
## Entwicklung des Haushaltsvolumens



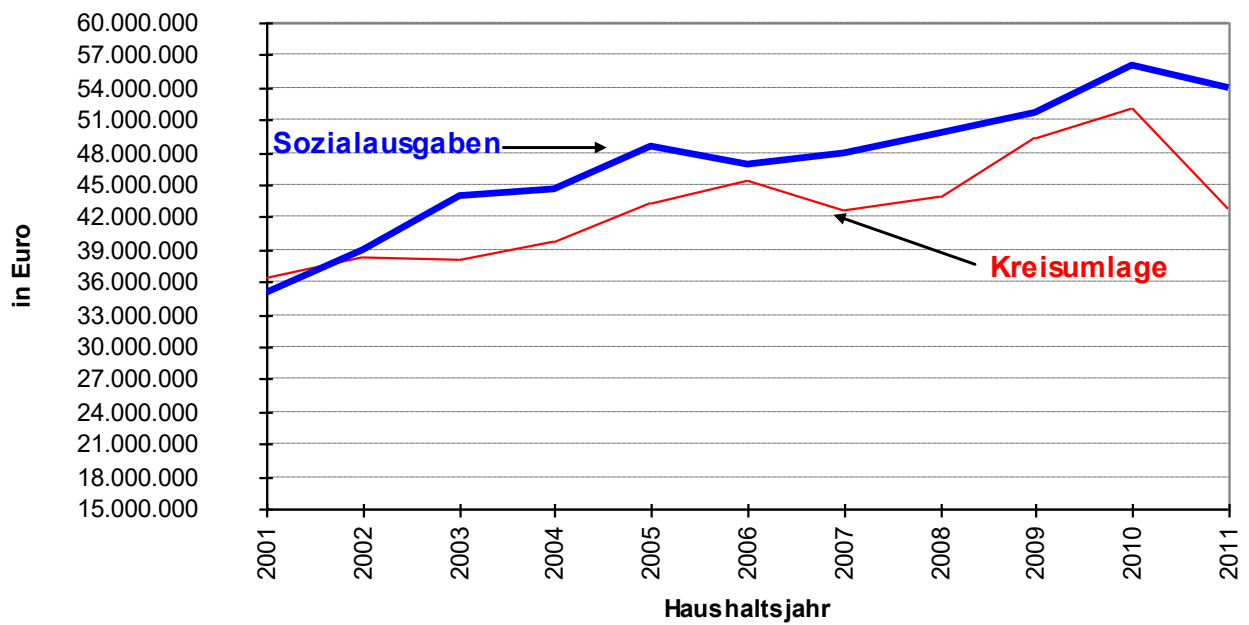
## Zuführung zum Vermögenshaushalt



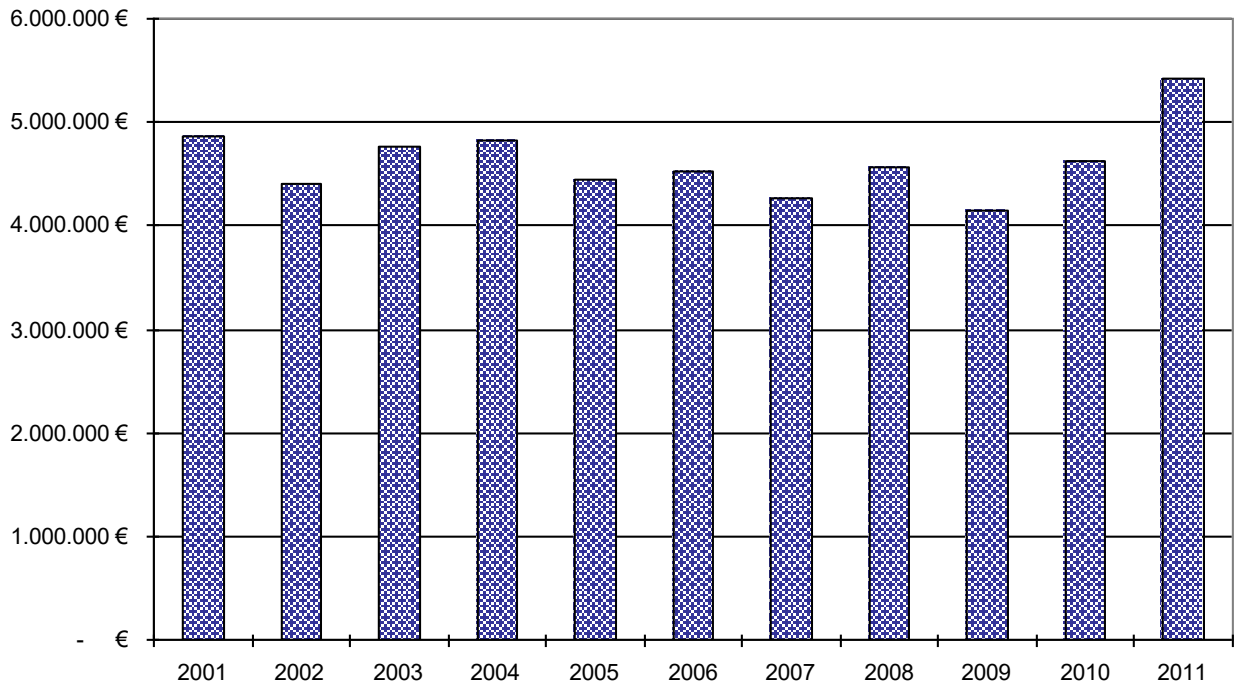
### Anteil Sozialleistungen an der Kreisumlage



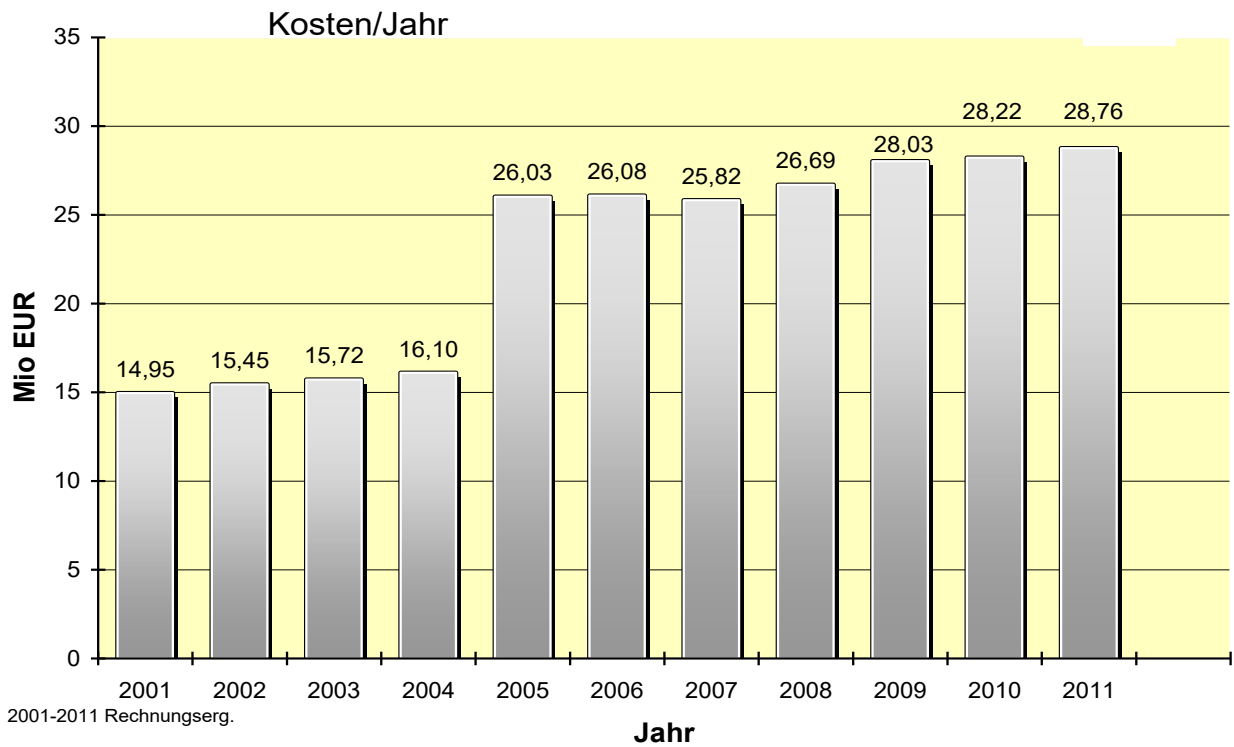
### Vergleich Sozialausgaben / Kreisumlage



### Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens (Veranlagung nach neuem Recht)



### Personalkostenentwicklung 2001 - 2011



## VI. HAUSHALTSRESTE

### Entwicklung der Haushaltseinnahmereste 2011

Im Jahr 2011 wurden verbucht

Haushaltseinnahmereste Vorjahr	249.260,45 €
neue Haushaltseinnahmereste	<u>225.000,00 €</u>
weniger gegenüber Vorjahr	24.260,45 €
	=====

Aufgrund der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung sind Haushaltseinnahmereste nur bei Einnahmen des Vermögenshaushalts zulässig und nur dann, wenn der Geldeingang im Folgejahr gesichert ist.

### Entwicklung der Haushaltsausgabereste

Haushaltsausgabereste Vorjahr	24.590.254,63 €
neue Haushaltsausgabereste	<u>22.603.073,84 €</u>
weniger gegenüber Vorjahr	1.987.180,79 €
	=====

Die Bildung der Haushaltsreste war erforderlich, da die Ausgabeansätze im abzuschließenden Jahr nicht verbraucht wurden, die Maßnahmen jedoch im darauf folgenden Jahr fortgesetzt werden. Durch die Bildung der Haushaltsreste bleiben die Haushaltsansätze gemäß § 19 und § 41 GemHVO über den Jahresabschluss hinaus verfügbar.

Im Einzelnen wurden folgende Haushaltsreste gebildet:

#### 1. Haushaltseinnahmereste

##### im Vermögenshaushalt

- Bau Katzenstation	- Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	100.000,00 €
- Kreisstraßen	- Zuw. und Zusch. vom Land	125.000,00 €
<b>Summe</b>		<b>225.000,00 €</b>

## 2. Haushaltsausgabereste

### im Verwaltungshaushalt

	- Führungsnachwuchsprogramm	2.900,00 €
	- Erhebungsstelle Zensus	140.000,00 €
- Schulen	- Gebäudeunterhaltung (Amok – Konzept, Außenbereich Kfm. AS)	135.000,00 €
- Gesundheit	- Kosten für Pockenschutz	4.150,00 €
- Abfallwirtschaft	- Dienstkleidung Deponie	551,93 €
- ÖPNV und Verkehr	- Preisverhandlung KBF	10.000,00 €
	- ÖPNV Programm „el Naldo“	10.000,00 €
- Vermessung	- Kreiskarten	2.600,00 €
- Ehrenfriedhöfe	- Sitzbänke und Mülleimer	2.812,14 €
- Soziales	- Teilhabepan	10.000,00 €
- Wirtschaftsförderung	- DSL – Ausbau	30.000,00 €
<b>Summe</b>		<b>348.014,07 Euro</b>

### im Vermögenshaushalt

- Öffentlichkeitsarbeit	- Begrüßungsschild Rgd. – Hirrlingen	3.000,00 €
- Verwaltungsgebäude	- Mäh- und Streugerät KH HCH	5.000,00 €
- Zentrale Dienste	- Abrechnung TK-Anlage und Anbindung Außenstellen	45.000,00 €
	- zentrale Beschaffungen	26.000,00 €
- Fahrzeuge	- Polo für Fahrzeugpool	15.900,00 €
- EDV	- IT Beschaffungen	90.000,00 €
- Verwaltungsschule	- Zuschuss f. Ausbildung mittlerer Dienst	2.936,37 €
- Sicherheit und Ordnung	- Zuschuss Katzenstation	200.000,00 €
- Feuerwehrwesen	- Umstellung Geräte auf Digitalfunk	15.000,00 €
	- Kreisweite Fahrzeugkonzeption	43.020,79 €
	- Umstellung Leitstelle auf Digitalfunk	155.000,00 €
	- Arbeitsplatz Lagedienstführer	8.500,00 €
- Schulen	- Erwerb von bewegl. Sachen	241.800,00 €
	- Umbau Erweiterung Rossentalschule	636.676,79 €
- Jugendamt	- EDV - Verfahrenseinführung	10.457,83 €
	- Dach/PV Anlage Jugendzeltplatz	60.000,00 €

- Soziales	- Erw. Seniorenresid. Plettenberg	27.000,00 €
- Krankenhäuser	- Investitionszuweisung	19.615.628,11 €
- Kreisstraßen	- Sanierung und Ausbau	696.408,84 €
	- Kanalisationsbeiträge	60.000,00 €
	- Radwegebau	80.112,56 €
	- Grunderwerb/Vermessung	13.177,54 €
- Abfallwirtschaft	- Zuschuss Kläranlage Hechingen	162.000,00 €
	- Prozessdatenbankerfassung	17.382,50 €
- Bauhof	- Ersatz Kommunaltraktor	25.058,44 €
<b>Summe</b>		<b>22.255.059,77 Euro</b>

## VII. HAUSHALTSÜBERSCHREITUNGEN

Im Haushaltsjahr 2011 wurden folgende über- und außerplanmäßigen Ausgaben geleistet, welche durch die entsprechenden Gremien genehmigt wurden:

Haushaltsstelle	Bezeichnung der Haushaltsstelle	Betrag EUR	Genehmigung durch
1.2952.6771.000	Ganztagesförderung BVJ	40.000,00	SKS 30.05.2011
1.4000.6740.000	Verwaltungskostenerstattung ARGE/Jobcenter	44.710,15	SKS 14.05.2012
Unterabschnitt 41	Soziales/Leistungen nach dem SGB XII	944.624,40	KT 09.07.2012
Unterabschnitt 45	Jugendhilfe	271.946,48	KT 09.07.2012
1.5100.7150.000	Verlustabdeckung Zollernalb Klinikum gGmbH	2.500.000,00	KT 24.10.2011
1.6510.6710.000	Erstattung an das Land für Landesbedienstete	48.945,35	VF 25.06.2012
1.6500.6795.000	Kreisanteil am Gemeinschaftsaufwand	179.720,96	KT 09.07.2012
1.9100.8090.000	Zuführung und Verzinsung Sonderrücklage Rekultivierung	38.388,87	VF 25.06.2012

## **VIII. Berechnung der Effizienzrendite für das Jahr 2011**

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 1.3.2004 im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf des Verwaltungsstrukturreformgesetzes (VRG) beschlossen, dass die Verwaltung jährlich bei Vorlage der Jahresrechnung einen Bericht zur sogenannten Effizienzrendite vorzulegen hat. Dabei sollen sämtliche verwaltungsreformbedingten Kosten/Aufwendungen, einschließlich der Gemeinkosten, den VRG-Finanzzuweisungen und –Einnahmen der auf die Landratsämter übertragenen neuen Aufgabenbereiche gegenüber gestellt werden.

Die Berechnung und Darstellung der „Effizienzrendite“ erfolgt nach einem landesweit vereinbarten „Leitfaden zur Ermittlung der Effizienzrendite“ des Vergleichsringes „Kommunales Rechnungswesen“.

Effizienzrendite heißt, dass das Land innerhalb von sieben Jahren ab Inkrafttreten der Verwaltungsreform, also bis Ende 2011, die Finanzzuweisungen an die Landkreise für die übernommenen Aufgabenbereiche um insgesamt 20 % kürzt.

Zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und der Erzielung von Synergieeffekten schreitet die Aufgabenvermischung zwischen den „alten“ und den „neuen“ Ämtern von Jahr zu Jahr voran, wodurch ein objektiver Nachweis der Effizienzrendite zunehmend schwieriger wird.

Aus der nachfolgenden Übersicht geht hervor, dass die in 2011 aufgelaufene Effizienzrendite von 20 % mit 17,81 % im Gegensatz zum Vorjahr wieder schwieriger zu erreichen war.

Auf der Kostenseite ist es gelungen die wesentliche Einflussgröße Personalkosten, im Bereich Vermessungsamt aufgrund eines Ruhestands zu verringern. Auch die Gebäudeunterhaltungskosten im Verwaltungsgebäude Balingen sind dieses Jahr wieder niedriger, nachdem die Modernisierung der Gebäudeleittechnik und der Beleuchtung die Kosten im Vorjahr negativ beeinflusst haben.

Größeren Einfluss auf die Entwicklung der Rendite hatte jedoch die Einnahmenseite. Vor allem die Erhöhung der Zuweisungen für die Verwaltungsreform trägt dazu bei. Hier werden vom Land seit 2010 ein teilweiser Ausgleich des Abmangels der Vermessungsgebühren und ein finanzieller Ausgleich zur Finanzierung zusätzlicher Stellen für Lebensmittelkontrolleure berücksichtigt. Ebenfalls positiv wirken sich höhere Gebühreneinnahmen bei der Vermessung und eine Verdoppelung der Bußgeldeinnahmen im Bereich Versorgung aus.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse in den Jahren 2005 bis 2010 verbleibt bei einem Gesamtbudget von knapp 10 Mio. € eine Unterdeckung von 481.855 €.

Nachdem in 2011 die Kürzung der Landszuweisungen um insgesamt 20 % Effizienzrendite über die letzten 7 Jahre vollzogen worden ist und eine genaue Abgrenzung der Kosten für die durch das VRG neu übernommenen Aufgaben, aufgrund der erwähnten Aufgabenvermischung zwischen den „alten“ und „neuen“ Ämtern, immer schwieriger wird, soll in Zukunft auf die Berechnung der Effizienzrendite verzichtet werden.

## Effizienzrendite 2011

	1195	1210	4020	5461	6120	6510	7800	7810	8550	
	Gewerbeaufs.	Gewässeraufs.	Versorgung	LMÜ	Vermessung	Straßenbau	Landwirtschaft	Flurneuordnung	Forst	Gesamt
Personalkosten	339.257,61	84.797,89	487.290,42	302.781,84	2.017.194,81	758.676,88	494.623,71	512.252,71	1.927.288,95	6.924.164,82
Gebäudekosten	31.268,63	3.823,70	22.778,71	15.699,11	230.360,12	102.813,55	60.396,93	63.730,26	79.259,78	610.130,79
IuK-Kosten	25.877,46	7.283,13	8.271,82	5.514,54	186.617,50	60.931,41	43.461,04	41.224,72	112.833,34	492.014,96
Steuerungskosten	3.402,09	618,56	4.020,65	1.546,40	15.773,31	20.412,52	5.567,05	4.639,21	14.536,19	70.515,97
Servicekosten	13.500,14	6.864,57	15.954,71	6.136,43	62.591,55	81.000,84	106.795,14	293.078,78	57.682,41	643.604,57
Sachkosten	21.083,87	2.320,27	198.002,71	24.037,85	61.589,43	258.159,82	19.777,16	17.454,08	354.338,43	956.763,62
<b>Summe Kosten</b>	<b>434.389,79</b>	<b>105.708,12</b>	<b>736.319,02</b>	<b>355.716,17</b>	<b>2.574.126,72</b>	<b>1.281.995,01</b>	<b>730.621,03</b>	<b>932.379,76</b>	<b>2.545.939,10</b>	<b>9.697.194,72</b>

Entgelte	74.862,75	0,00	82.827,08	0,00	708.096,26	610,20	274,50	0,00	1.302.464,41	2.169.135,20
Sonstige Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	69.919,27	168.248,42	1.609,84	8.647,54	145.568,06	393.993,13
Serviceeinnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	363.783,50	0,00	0,00	0,00	0,00	363.783,50
Zuweisungen nach § 11 Absatz 5 FAG	325.032,10	103.217,30	649.293,75	350.632,70	1.846.953,31	928.178,57	623.388,77	637.708,70	1.093.207,78	6.557.612,98
<b>Summe Erlöse</b>	<b>399.894,85</b>	<b>103.217,30</b>	<b>732.120,83</b>	<b>350.632,70</b>	<b>2.988.752,34</b>	<b>1.097.037,19</b>	<b>625.273,11</b>	<b>646.356,24</b>	<b>2.541.240,25</b>	<b>9.484.524,81</b>

<b>Saldo Erlöse abzüglich Kosten</b>	<b>-34.494,94</b>	<b>-2.490,82</b>	<b>-4.198,19</b>	<b>-5.083,47</b>	<b>414.625,62</b>	<b>-184.957,83</b>	<b>-105.347,92</b>	<b>-286.023,51</b>	<b>-4.698,85</b>	<b>-212.669,91</b>
--	-------------------	------------------	------------------	------------------	-------------------	--------------------	--------------------	--------------------	------------------	--------------------

<b>Effizienzrendite in %</b>	<b>-7,94%</b>	<b>-2,36%</b>	<b>-0,57%</b>	<b>-1,43%</b>	<b>16,11%</b>	<b>-14,43%</b>	<b>-14,42%</b>	<b>-30,68%</b>	<b>-0,18%</b>	<b>-2,19%</b>
----------------------------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	----------------	----------------	----------------	---------------	---------------

<b><u>Effizienzrendite unter Berücksichtigung der Einsparvorgabe lt. VRG (2011 20%)</u></b>	<b>12,06%</b>	<b>17,64%</b>	<b>19,43%</b>	<b>18,57%</b>	<b>36,11%</b>	<b>5,57%</b>	<b>5,58%</b>	<b>-10,68%</b>	<b>19,82%</b>	<b>17,81%</b>
---	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	--------------	--------------	----------------	---------------	---------------